



TARIFVERHANDLUNGEN

Das geht uns alle an – Einkommensrunde 2009

Die Einkommensrunde 2009 ist in vollem Gange. 8% – mindestens 200 Euro, lautet die Forderung. Am 19. und am 26. Januar fanden die ersten Verhandlungsrunden statt. Die Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor, sind jedoch unter www.gdp.de abrufbar.

Entscheidend wird die dritte und vorerst letzte Runde vom 14. bis 16. Februar 2009 sein. Kommt es zu keiner Einigung zwischen Arbeitgeberseite und Gewerkschaften, gelten die Verhandlungen als gescheitert. Sollte auch eine Schlichtung zu keinem Ergebnis führen, sind Streiks vorprogrammiert. Warnstreiks werden bereits vorbereitet. Erzwingungsstreiks werden erforderlich, wenn sich die Arbeitgeber überhaupt nicht bewegen. Die Tarifbeschäftigten in Rheinland-Pfalz haben bereits in einer Fragebogenaktion zu erkennen gegeben, dass ihre Streikbereitschaft sehr groß ist. Sie sind sauer, dass der „Aufschwung der letzten Jahre“

nicht bei ihnen angekommen ist und die Arbeitgeber nun aufgrund der aktuellen Finanzsituation zu „gemäßigten Tarifabschlüssen“ aufrufen. „Wir sind seit Jahren die Sparschweine der Länder. Glauben die Arbeitgeber tatsächlich, dass wir so viel verdienen und keine satte Erhöhung nötig haben? Wissen die ‚Bosse‘ eigentlich, wie viel einer Sachbearbeiterin oder einem Sachbearbeiter in der



FA Tarif im Austausch mit ver.di (v.l.: Dieter Kronauer, Paul-Christian Koch, ver.di, Anne Knewitz und Ruthild Burkei)

EG 5 oder erst in der EG 3 im Portmonee bleibt? Mit diesem Einkommen kann die Konjunktur jedenfalls nicht angekurbelt werden. Das reicht gerade mal für das Nötigste. Wir hinken inzwischen selbst hinter den Einkünften der Beschäftigten bei Bund und Kommunen hinterher. Sind sie mehr wert als wir Landesbediensteten? Warum diese unterschiedliche Bezahlung?“, fragen unsere Mitglieder. All diese „Ungerechtigkeiten“ verstehen die Beschäftigten nicht mehr, und sie werden ihren Unmut deutlich durch Warnstreikaktionen, Demos und Kundgebungen artikulieren. Und dies, bevor es in die dritte Runde geht, um den Verantwortlichen vorher klar und deutlich zu sagen: „Unsere Forderungen sind berechtigt! Wir lassen uns nicht mit kleinen Häppchen abspesen.“

Ministerpräsident Kurt Beck hat der GdP zugesichert, das Tarifergebnis 2009 in vollem Umfang und zeitgleich auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Wollen wir ihn bei jeder sich bietenden Gelegenheit daran erinnern. Zwar wird Beamtinnen und Beamten noch immer das Streikrecht vorenthalten. Sie können und sollten sich aber an Aktionen und Demonstrationen der Tarifbeschäftigten beteiligen und so den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen.

MR

FRÜHER WAR ALLES GANZ EINFACH ...

weil Bund, die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und die Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA) eine Tarifgemeinschaft bildeten und ein gemeinsames Ergebnis für alle Tarifbeschäftigten bei Bund, Ländern und Kommunen vereinbarten. In der Regel wurde das Tarifergebnis anschließend auf alle Beamten und Beamtinnen übertragen. In den letzten Jahren allerdings häufiger mit Abstrichen. Aber: Die Einkommenserhöhung galt für alle, Tarifbeschäftigte und Beamte!

UND HEUTE ...

gibt es diese Tarifgemeinschaft nicht mehr. Bund und Kommunen verhandeln noch gemeinsam für ihre Beschäftigten; die Länder wollten dies nicht mehr. Sie verhandeln nun separat. Ihnen waren anscheinend die gemeinsam ausgehandelten Ergebnisse zu üppig. Deshalb hinken die Beschäftigten der Länder hinterher.

UND DIE BEAMTINNEN UND BEAMTEN ...

hinken noch langsamer hinterher. Nach der Föderalisierung des Beamtenrechts können und wollen die Länder die Besoldung der Kommunal- und Landesbeamtinnen und -beamten im jeweiligen Land alleine regeln, ohne den Bund und ohne die anderen Länder fragen zu müssen. Das Ergebnis kennen wir; Rheinland-Pfalz ist vollkommen abgehängt.

MR



Tarifbeschäftigte müssen unterstützt werden

Kurt Beck und Karl-Peter Bruch haben erklärt, dass die Landesregierung auch angesichts der Wirtschaftskrise bei ihrer Entscheidung bleibt, das Tarifergebnis der laufenden Verhandlungen zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Die Beamtinnen und Beamten, aber auch die Versorgungsempfänger, müssen die Tarifbeschäftigten in der Tarifaueinandersetzung unterstützen, denn es geht nicht nur um die Erhöhung der Tariflöhne, sondern gleichzeitig auch um die Besoldungserhöhung. Nach

den vergangenen Nullrunden, insbesondere für die Pensionärinnen und Pensionäre, muss jetzt Schluss sein mit dem Besoldungsabbau. Wenn die Landesregierung es ernst meint, muss sie sich im Lager der Arbeitgeber für einen anständigen Tarifabschluss einsetzen, damit die avisierte Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung nicht zu einer Sprechblase verkommt. Den zu erwartenden Hinweis auf die angespannte Wirtschaftssituation kann sich die Arbeitgeberseite sparen. In Zeiten boomender Steuereinnahmen

wurden wir absichtlich kurz gehalten. Wenn jetzt verlangt würde, mit Hinweis auf zu erwartende Steuerausfälle kürzer zu treten, wäre dies unredlich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir ziehen an einem Strang, wir müssen gemeinsam für ein gutes Tarifergebnis kämpfen. Wir werden nach den Tarifverhandlungen wissen, wie unser zukünftiger Zahltag aussieht. Die politisch Verantwortlichen sollten bedenken, dass ihr Zahltag der Wahltag ist. 5% des Wahlvolkes sollte man nicht an der Nase herumführen. **HWG**


PERSONALRÄTEKONFERENZ

Politik ist gefragt

„Die Politik ist gefragt ...!“, mit diesem Schlagwort endete Prof. Dr. Battis, Rechtswissenschaftler aus Berlin, seine Ausführungen bei der Personalrätekonferenz des DGB in Mainz. Battis hat auf Einladung von Dietmar Muscheid zum



Gespannt verfolgen die Teilnehmer die Ausführungen von Prof. Dr. Battis **Foto: Benz**

 **DEUTSCHE POLIZEI**
Ausgabe: **Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. Januar 2008

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

Thema „Novellierung des LPersVG Rheinland-Pfalz unter Beachtung verfassungsrechtlicher Aspekte“ vor Personalräten aus dem gesamten Landesbereich referiert.

Aktuell hat der DGB mit großer Akzeptanz auch der GdP einen Vorstoß gegenüber der Landesregierung zur Novellierung des LPersVG RP unternommen. Zielsetzung der gewerkschaftlichen Initiative ist es, die Regelung des §73 Abs. II LPersVG (Verhinderung von mitbestimmungsfreien Räumen bei wesentlichen Entscheidungen), das Initiativrecht aus § 74 Abs. III LPersVG aber auch die Katalogtatbestände der §§ 78, 79 und 80

LPersVG im Rahmen verfassungsrechtlicher Freiräume positiv im Sinne einer modernen und zeitgemäßen Mitarbeiterbeteiligung im öffentlichen Dienst zu verbessern. Hier sieht der renommierte Rechtswissenschaftler Battis Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten. Aus Sicht von Prof. Dr. Battis, gilt es, klare Forderungen aus den Reihen der Gewerkschaften an die Politik zu erheben. In den nächsten Wochen wird der DGB mit Unterstützung der GdP seine Forderungen an die Politik hierzu formulieren. Aus den Personalräten der Polizei nahmen Kolleginnen und Kollegen der GdP an der Veranstaltung teil. **HK**



KOMMUNALPOLIZEI

GdP gegen Kommunalpolizei

Die geplante Kommunalreform mit möglicherweise weit reichenden Veränderungen im Polizeibereich – die bis zur Einführung einer Kommunalpolizei gehen könnten – war erneut Anlass für die GdP aktiv zu werden. Nach Gesprächen mit kommunalen Spitzenverbänden (Bericht in DP 10/2008 und 1/2009) trafen sich der GdP-Landesvorsitzende Ernst Scharbach, sein Stellvertreter Bernd Becker und der GdP-Sekretär Markus Stöhr mit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK). Ernst Scharbach stellte nochmals heraus: „Die Überwachung des fließenden Verkehrs innerhalb und außerhalb geschlossener Ortschaften muss in den Händen der staatlichen Polizei bleiben. Eine Wegnahme dieser Aufgabe führt weder zu einer Entlastung der Polizei, noch zu einer effizienteren Mittelverwendung. Im



V. l.: Markus Stöhr, Bernd Becker, Ernst Scharbach, Carsten Pörksen, Harald Schweitzer, Michael Reitzel, Hans Jürgen Noss

Gegenteil, es werden Synergie-Effekte verloren gehen.“ Laut polizeipolitischen Sprecher MdL Carsten Pörksen und dem innenpolitischen Sprecher MdL Hans Jürgen

Noss stehen die geplanten Veränderungen noch keineswegs fest. Der Arbeitskreis Innen der SPD-Fraktion hält die von der GdP vorgetragene Kritik für sehr wichtig und wird sie mit Innenminister Karl Peter Bruch besprechen. Der SGK-Vorsitzende Michael Reitzel und SGK-Geschäftsführer MdL Harald Schweitzer ergänzten, dass aus ihrer Sicht Zweifel an einer Notwendigkeit und an finanziellen Anreizen zur Übernahme der Verkehrsüberwachung bestehen. Was vielen – auch GdP-Kollegen – nicht hinreichend bewusst ist, brachte Bernd Becker auf den Punkt: „Wer einen funktionierenden Wechselschichtdienst in der Fläche aufrechterhalten will, darf ihm nicht die Aufgaben wegnehmen, die er erfüllen kann, wenn die großen Einsatzlagen nicht gegeben sind. Wer eine Aufgabe verliert, verliert auch das Personal, um sie zu erfüllen.“ **MS**

DISKUSSION ZU JUGENDGEWALT

Scharbach und die „Supernanny“

In Mainz ist die Staatsanwaltschaft mit eigener Geschäftsstelle und drei besetzten Stellen vertreten; dieser Hinweis von Staatsanwältin Schulz-Schwaab war aus Sicht der im Auditorium vertretenen Kolleginnen und Kollegen wohl der wichtigste der gesamten Diskussion.

Die Anwaltskammer hatte zur Podiumsveranstaltung in den Wappensaal des Landtags geladen und das erschienene Publikum, darunter zwei Schulklassen aus Nachtsheim und Montabaur, war nach zwei Stunden der von 3-Sat-Redakteur **Dr. Bernd Ulrich Hagen** geleiteten Veranstaltung um die eine oder andere Erkenntnis reicher.

Als Polizeivertreter nahm GdP-Landesvorsitzender **Ernst Scharbach** an der Diskussion teil, wurde dem Moderator hier und da zu gesellschaftspolitisch („Jugendliche brauchen eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb fordern wir eine Ausbildungsplatzgarantie.“) und steuerte Fakten aus der Kriminalstatistik und Eindrücke aus dem Polizeialltag bei. Sein Credo: „Wir müssen unterscheiden zwischen episodenhaft abweichendem Verhalten und Intensivkriminalität. Natürlich dürfe die Reaktion des Staates nicht nur aus

Strafe bestehen; wenn sie erforderlich sei, müsse sie aber umgehend auf die Tat folgen, beklagte er anhand eines Beispiels die Einstellungspraxis der Justiz. Scharbach wiederholte die GdP-Forderung nach einem Forschungsprojekt, in dem nach den richtigen Interventionspunkten und -methoden gesucht werden soll. Darin gestützt wurde er von **Christoph Schallert**, Jurist und Sozialtrainer von der Uni Mainz, der darauf hinwies, dass ca. 50% der Taten von 5% der Täter begangen werden. Es gebe sehr frühe Anzeichen für eine drohende kriminelle Karriere, wie etwa hartnäckiges Schulschwänzen, verbunden mit Täuschungen und Herumstreunen. Frühzeitige Hilfestellung zur Verhinderung einer kriminellen Karriere und consequente Maßnahmen bei Intensivtätern seien gleichermaßen wichtig. Die Münchner Kriminologin **Dr. Wiebke Steffen** wies darauf hin, dass sich die statistische Steigerung der Gewaltkriminalität hauptsächlich auf Körperverletzungsdelikte beschränke und auf das geänderte Anzeigeverhalten der Geschädigten zurückzuführen sei. In ganz München gebe es lediglich ca. 80 intensiv kriminelle Jugendliche, zeichnete sie ein insgesamt positives Bild der Situation.

„Die Ministerin geht von leicht zurückgehender Gewalt an Schulen aus“, stellte **Wolfgang Redwanz** fest, der für das Bildungsministerium an der Diskussion teilnahm. Er machte – gestützt durch Wortmeldung eines Schulleiters – deutlich, dass Gewalt heute an den Schulen kein Tabuthema mehr sei; man scheue sich nicht mehr, konsequent die Polizei einzuschalten. Daneben gebe es eine Fülle von Anti-Gewalt-Projekten, die sich sehr positiv auswirken würden.

Prominenteste Podiumsteilnehmerin war ohne Zweifel die als RTL-**Supernanny** bekannte Familienberaterin **Katharina Saalfrank**. Die aus Bad Kreuznach stammende und in Berlin lebende Mutter von vier Kindern war Kristallisationspunkt für viele Fragen aus dem jungen Publikum, die auch kritisch das Format ihrer Sendung in Frage stellten. In der Sache machte sie deutlich, dass nach ihrer Überzeugung jugendliche Aggressionen immer eine Reaktion auf eine meist von Erwachsenen herbeigeführte Situation seien. Die Beratung junger Familien habe in Deutschland noch Verbesserungspotenzial, brachte sie zum Ausdruck und fragte: „Muss denn das Jugendamt ein Amt sein?“ **BB**



Neue Vorstände in Ludwigshafen und Kaiserslautern

Bei den Delegiertentagen der Bezirksgruppen Rheinland-Pfalz und Westpfalz in Ludwigshafen und Kaiserslautern wurden jeweils neue Vorstände gewählt.



Werner Hilmer

In Kaiserslautern entschieden sich die Delegierten für **Werner Hilmer** als neuen Vorsitzenden, nachdem **Jürgen Moser** aus persönlichen Gründen nicht mehr kandidierte.

Ihm stehen zur Seite:

Karl Kauf und **Jakob Krob** als Stellvertreter, **Heinz Rahm** als Kassierer, **Andreas Zinßmeister** als Stv. Kassierer, **Jürgen Heermann** und **Ruthild Burkei** als Schriftführer und Stellvertreterin. Zu Beisitzern wurden **Ludwig Wiegand** (PP), **Bernd Schmitt** (PD KL), **Roman Trzecianowski** (PD PS) und **Jürgen Moser** (gLV) gewählt. Als Vorsitzende der Personengruppen gehören außerdem **Sabine Schöneberger** (Frauen), **Nicole Marhöfer** (JUNGE GRUPPE) und **Gerhard Brenner** (Senioren) dem Vorstand an. **Michael Weber** und **Karl-Reiner Kissel** fungieren zukünftig als Kassenprüfer

In Ludwigshafen wurde **Udo Fremgen** als Nachfolger von **Gerhard Hubach** gewählt.



Udo Fremgen

Seinem Vorstand gehören an:

Gerd Uwe Jakob (Kassierer), **Jörg Peter** (Vertreter), **Siegmar Schäfer** (Schriftführer), **Marcus Reif** (Vertreter), **Isabel Sorg** (Beisitzerin Tarif), **Natalie Reichel** (Beisitzer Vertrauensleute), **Alexander Koch** (JUNGE GRUPPE), **Erwin Färcher** (Seniorengruppe).

Die Vorsitzenden der Kreisgruppen, **Hans Peter Michel** – Vorderpfalz, **Karl Schmitt** – Südpfalz, und **Andreas Fingerle** – KG PD Neustadt wurden als Stellvertreter des Vorsitzenden bestätigt. Zu Kassenprüfern wurden die Kollegin **Stefanie Förster** sowie die Kollegen **Norman Wagner** und **Dietmar Jacobs** gewählt. *red*

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-de/Rheinland-Pfalz>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

Kurz und knackig

Mitstreiter gesucht

Ein Mitglied der GdP-Kreisgruppe Mayen hatte vor vielen Jahren einen schweren Dienstunfall und wurde aufgrund der daraus resultierenden schweren körperlichen Beeinträchtigung in jungen Jahren in Ruhestand versetzt.

Dieser Kollege hat über die vielen Jahre festgestellt, dass die Betreuung durch den Arbeitgeber sehr unzulänglich ist. Deshalb gibt es auch oft Probleme mit der Beihilfe und der öffentlichen Gesundheitspflege. Er sucht nun auf diesem Wege Kolleginnen und/oder Kollegen in Rheinland-Pfalz, die ein ähnliches Schicksal erlebt haben, damit man aus gemeinsamen Erfahrungen lernen kann.

Ansprechpartner ist der Vorsitzende der Kreisgruppe Mayen, Kollege **Norbert Puth** (Tel. 01 72/ 6 54 90 99), pdmayen@polizei.rlp.de.

Pandemie

Wie ist unser Bundesland auf eine mögliche Pandemie vorbereitet? Gibt es einen Pandemieplan? Sind sich die Innen- und Gesundheitsministerien über die Folgen einer Pandemie bewusst? Welche Vorkehrungen sind für den Bevölkerungsschutz getroffen worden? Und: Wie ist die Polizei auf einen solchen Fall vorbereitet?

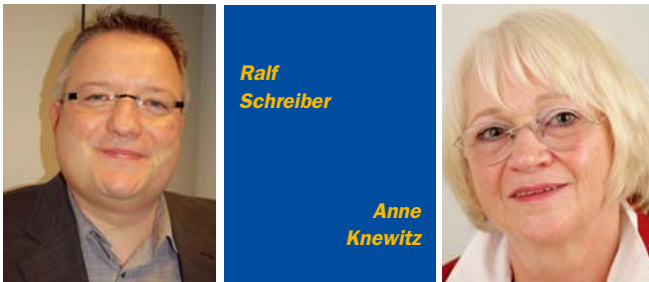
Der Fachausschuss „Schutzpolizei“ macht auf die Gefahr einer Pandemie aufmerksam, nicht zur Panikmache, sondern um ein Bewusstsein zu schaffen, dass uns allen eine angemessene Reaktion auf einen Pandemiefall ermöglicht. (S. a. DP 1/09, S. 15)

Wir haben den Hauptpersonalrat aufgefordert, im Ministerium des Innern und für Sport die Frage nach einer Pandemievorsorge zu stellen, um zu erfahren, wie sich unser Bundesland auf den Pandemiefall vorbereitet hat.



PERSONALRATSWAHLEN 2009

Gesamtpersonalrat Mainz und Personalräte BePo



Ralf Schreiber

Anne Knewitz

Anne Knewitz: „Da Erfolge nicht vom Himmel fallen, wird im Tarifbereich viel zu leisten sein.“

Wie überall ist auch der Tarifbereich stark unterbesetzt und wird es auch in Zukunft sein. Hier ist ein großer Handlungsbedarf gegeben, wie z. B. Weiterbeschäftigung von Auszubildenden nach deren Prüfungsabschluss. Es sollten auch neue Beschäftigungsaufgaben/-felder (z. B. DV-Gruppe) für die Tarifbeschäftigten nicht aus den Augen verloren werden.“

Ralf Schreiber: „Ein besonderes Anliegen ist uns die Aufrechterhaltung des Wechselschichtdienstes im PP Mainz. Aufgrund der Personalsituation in den nächsten Jahren wird es eine besonders schwere Aufgabe sein, das vorhandene Personal gerecht zu verteilen. Wir müssen die Verantwortlichen überzeugen, damit uns nicht weiter neue Aufgaben und Projekte aufdiktiert werden. Deshalb: GdP wählen!“



Helmut Knerr

Dieter Kronauer

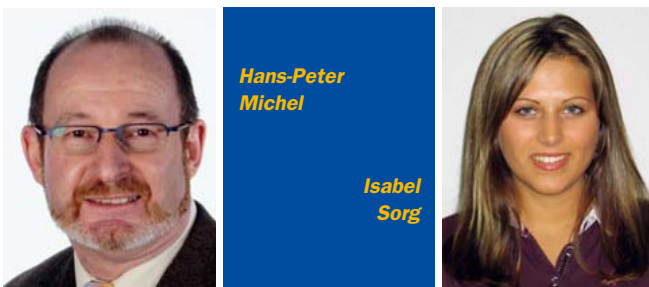
Dieter Kronauer: „Die Weiterentwicklung der Logistik- und Servicebereiche bei der Bereitschaftspolizei, verbunden mit den notwendigen personellen Anpassungen, sind für mich wichtig.“

Gleiches gilt für den Erhalt von Arbeitsfeldern und Arbeitsplätzen in meiner Dienststelle.“

Helmut Knerr: „Meine Kolleginnen und Kollegen bei der Bereitschaftspolizei sind ständig hohen Belastungen ausgesetzt.“

Wichtig für mich ist die Anerkennung dieser außergewöhnlichen Leistungen durch Änderungen von gesetzlichen Regelungen, Zulagen und Ausgleichs in Form von Beförderungen.“

Gesamtpersonalräte Rheinlandpfalz und Westpfalz



Hans-Peter Michel

Isabel Sorg

Isabel Sorg: „Mir liegt besonders am Herzen: Gerechte Eingruppierung und Bezahlung sowie Aufstiegschancen, genügend Tarifpersonal zur Entlastung der Beamtinnen und Beamten und zur eigenen Aufgabenerledigung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbau von Ausbildungsplätzen bei der Polizei und Übernahme nach der Ausbildung.“

Hans-Peter Michel: „Mir ist wichtig, dass Personal und Material gerecht verteilt werden, dass die Ausstattung mit Schutzwesten und Körperschutzausrüstung verbessert wird, Dienstvereinbarungen erst nach Rückkoppelung mit den Betroffenen umgesetzt werden, es weiterhin Versetzungsmöglichkeiten in die Westpfalz und nach Trier gibt, wir genügend Tarifpersonal haben, die betriebliche Gesundheitsvorsorge gestärkt wird und dass die räumliche Unterbringung modernen Standards genügt.“



Karl Kauf

Ruthild Burkei

Ruthild Burkei: „Wir treten im Tarifbereich für eine transparente Personalplanung, für die Übernahme von befristet Beschäftigten in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, für die Weiterbeschäftigung von Auszubildenden nach deren Ausbildung, für die Streichung der Einsparauflage und Wegfall der Wiederbesetzungssperre sowie für die Übertragung von polizeifremden Tätigkeiten an Tarifbeschäftigte ein!“

Karl Kauf: „Eine wichtige Aufgabe sehen wir beim PP Westpfalz darin, darauf zu achten, dass der hier vorhandene Mangel an Personal gerecht verteilt wird, dass nicht mehr Aufgaben auf immer weniger Personal übertragen wird.“

Wie in der Vergangenheit, werden wir alles uns Mögliche tun, damit jedem im Beförderungsgeschehen höchstmögliche Gerechtigkeit widerfährt.“

Minister Bruch: „Keine Kürzungen im Haushalt“

Karl-Peter Bruch informierte den Hauptpersonalrat über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und die Inhalte des Konjunkturpakets II. Der Doppelhaushalt der Landesregierung zeigt nach Auffassung des Ministers positive Aspekte für die Polizei. Er sei sehr froh über die Einstellung von 350 Kolleginnen und Kollegen pro Jahr und die besseren Beförderungsmöglichkeiten, die sich aus dem Haushalt ergeben. Im Investitionshaushalt seien alle wichtigen Projekte finanziell unterlegt.

Für den Hauptpersonalrat führte Kollege Gabler aus, dass die jetzt beschlossenen Einstellungszahlen unweigerlich zu einem stetigen Personalabbau bis zum Jahr 2013 führen werden. Bereits heute sei die Dienstverrichtung häufig schwie-

rig. Wie soll mit 300 bis 400 Kolleginnen und Kollegen weniger im Jahr 2013 der Dienst insbesondere im WSD noch aufrecht erhalten werden? Minister Bruch teilt die Analyse: „Damit werden wir umgehen müssen!“

Kollege Bublies informierte über die Entwicklungen im technischen Bereich und ihre europaweiten Auswirkungen. Bublies: „Wir müssen uns den großen Herausforderungen in technischer und personeller Hinsicht stellen.“ Insbesondere im Bereich der Telekommunikationsüberwachung wird es einen gewaltigen Umbruch geben, auf den sich die Polizei einstellen muss.

Nachmittags besuchte der HPRP die ZPT. Der Leiter der PG TKÜ Kollege Thönnies bekräftigte die Analysen von

Koll. Bublies vom Vormittag. Die Auswirkungen der Internettechnologie werden sowohl finanziell wie personell ihren Tribut fordern.

Kollege Tack, Leiter der ZPT, informierte über den Sachstand der Organisationsentwicklung der ZPT. Nach Mitteilung des Kollegen Schamp wird die Ausrüstung mit der neuen Dienstpistole Walter 99 Q im Jahre 2010 beginnen.

Kollege Fuchs informierte über den Sachstand in der PG Digitalfunk. Mit der Durchführung des Probebetriebs für den Bereich Trier ist im 1. Quartal 2010 zu rechnen, Koblenz wird im 3. Quartal folgen und der Bereich Mainz ist für das 1. Quartal 2011 vorgesehen.

*Relet, Tarifbeschäftigte,
Gabler, Beamte*

SENIOREN

Die „neuen“ oder die „jungen“ Alten

Wenn heute von den „neuen“ oder den „jungen“ Alten die Rede ist, so heißt das nicht, dass sich die älteren Menschen geändert haben. Es handelt sich schlichtweg um eine andere Generation, die jetzt alt wird. Dabei muss man feststellen, dass

sich diese Generation statt durch Hilflosigkeit und Krankheit nun durch Vitalität, Interesse und Gesundheit auszeichnet. Viele wollen noch viel erleben und erfahren, reisen, sich weiterbilden, eine neue Aufga-



Heinz Blatt

be übernehmen oder endlich nach Herzenslust ihren Hobbys frönen. Sie leben gesundheitsbewusster als frühere Generationen und bleiben länger von Altersbeschwerden verschont. Die Mediziner (Gerontologen) haben daraus inzwischen den Schluss gezogen, dass die „dritte Lebensphase“ heute für immer mehr Menschen keineswegs die letzte sein muss. Eine vierte beginnt für viele erst nach dem 70. Lebensjahr. Kein Wunder, dass Frauen und Männer ab Mitte 50 bis Mitte 60 die Be-

zeichnung „Senioren“ nicht mögen. Das bedeutet aber nicht, dass sie nicht zu ihrem Alter stehen. Vielmehr ist der Begriff „Senioren“ mit so vielen Begleiterscheinungen aus früheren Zeiten verbunden, dass er zu den aktiven, gesunden „Alten“ von heute einfach nicht mehr passt. Dass ich zu den Älteren gehöre, weiß ich selber. Daran will ich nicht ständig erinnert werden, erklären die Älteren ihre Ablehnung der „Senioren-Specials“. Sie meinen auch, dass es nicht darauf ankommt, wie alt man wird, sondern **wie** man alt wird. Nach der derzeitigen „Alterspyramide“ beträgt die nachberufliche Lebensphase immerhin 25 bis 30 Jahre. Mit ein Grund, diesen Lebensabschnitt bewusster anzugehen, sinnvoll zu gestalten, ja in eine erfüllte und abwechslungsreiche Zeit zu verwandeln. Wie bereitet man sich am besten auf die „dritte Lebensphase“ vor? Wer jetzt oder demnächst in den Ruhestand tritt, freut sich auf die bevorstehende Freiheit. Dies kann man immer wieder in Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen hören. Allerdings wird dabei oft unterschätzt, dass nur eine „aktive Vorbereitung auf die dritte Lebensphase“ hilft, seine eigene Zukunft selbst zu gestalten. So treten vor dem Eintritt in den Ruhestand viele Fragen auf, mit denen man sich beschäftigen

muss. Wie hoch ist meine Pension/Rente? Ist meine Familie versorgt? Wie regelt sich meine Krankenversicherung oder Beihilfe? Neben diesen Kernfragen für den Ruhestand gibt es noch viele weitergehende rechtliche Fragen von der Vorsorgevollmacht bis hin zum richtigen Vererben, die geklärt sein wollen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, kaum ein anderer Lebensabschnitt zieht solche Konsequenzen nach sich wie der Ruhestand. Daher ist es gut und ratsam, sich darauf einzurichten, die neue Lebensphase vorzubereiten und sich Gedanken zu machen, wie man eine so tief greifende Veränderung bewältigen kann. Als Hilfestellung bietet der GdP-Landesbezirk im März diesen Jahres wiederum ein Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ im Hotel Peifer in Brodenbach/Mosel an. Die Seniorengruppe der Gewerkschaft der Polizei ist bemüht, den spezifischen Interessen der „alten Alten“ und „jungen Alten“ gerecht zu werden. Wichtig ist jedoch, dass Menschen in diesem dritten Lebensabschnitt aktiv bleiben und Dinge tun, für die sie früher nicht die Zeit und oft nicht die Möglichkeit hatten.

Älter werden wir alle – das Wie bestimmen wir selbst!

Heinz Blatt





Große GdP-Seniorenreise 2009

JALTA - Die Perle der Krim, 03. – 10. Oktober 2009

GdP-Senioren aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland gemeinsam am „Schwarzen Meer“ unterwegs.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
zum zweiten mal führen wir zusammen mit dem Landesseniorenvorstand der GdP eine Seniorenreise durch. Nachdem wir im Jahr 2008 auf Zypern waren, haben wir uns für 2009 eine besondere Rundreise auf der Halbinsel „Krim“ ausgesucht.

Die Halbinsel Krim zählt zu den schönsten und abwechslungsreichsten Regionen der ukrainischen Schwarzmeerküste. Das ganzjährig gleichmäßig milde Klima, die südliche Sonne und die frische, würzige Seeluft prägen Land und Leute der reizvollen Halbinsel. An ihrer Südspitze liegt der berühmte Badeort Jalta, vor dem Hintergrund der Krim-Berge. Die geschichtsträchtige Stadt (Konferenz von Jalta) ist reich an Kulturdenkmälern, malerischen Straßenansichten, Parkanlagen und Sanatorien.

8 Tage, Frühstück, Halbpension im Hotel „Jalta“ in Jalta. Das Hotel hat 16 Etagen und liegt inmitten eines herrlichen Parks. Zum Stadtzentrum sind es ca 20 Gehminuten. Das Hotel verfügt über ein Außenschwimmbad mit erwärmten Meerwasser direkt am Hotel sowie ein hoteleigener Strand runden das Badeprogramm im Hotel Jalta ab. Die Zimmer sind geschmackvoll eingerichtet und verfügen über Bad oder Dusche/WC, SAT-TV (deutsche Programme ZDF und Deutsche Welle), Telefon, Klimaanlage, Balkon. Alle Zimmer haben seitlichen Meerblick.

Wir haben bei dieser Reise alle Ausflüge im Preis inbegriffen. Die Ausflüge verteilen sich auf 5 Tage. Am 6. Tag haben Sie Zeit zur freien Verfügung zum Bummeln in Jalta. Wir starten die Ausflüge immer vom Hotel Jalta, Sie müssen sich nicht umziehen.

Reisepreis pro Person im DZ
EZ-Zuschlag

1 100,- €
200,- €

Ausflugspaket (im Reisepreis inbegriffen):

- Stadtbesichtigung Jalta ● Besichtigung Liwadija-Palast ● Botanischer Garten „Nikitski“
- Jagdschloss Massandra ● Woronzow Palast in Alupka ● Weinprobe in Alupka
- Ganztagesausflug nach Sewastopol ● Anton-Tschechov-Wohnhausmuseum
- Alexander Newskij-Kathedrale ● Fotostopp am „Schwalbennest“
- Bachtchissaraj (Khanspalast) und Maria-Himmelfahrts-Höhlenkloster
- 3 Mittagmahlzeiten ● Abschiedsessen mit Musikdarbietung

Eingeschlossene Leistungen:

Weitere eingeschlossene Leistungen:

- Flug mit Ukraine International ab/bis Frankfurt ● Rail und Fly
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren
- Transfers Flughafen - Hotel - Flughafen einschließlich Gepäckbeförderung
- Unterbringung im Hotel Jalta Zimmer mit Dusche oder Bad/WC
- Halbpension ● PSW-Reiseleitung
- örtliche deutsch sprechende Reiseleitung bei den Ausflügen
- Informationsmaterial, Reiseführer

Bitte melden Sie sich umgehend an, da wir nur über ein begrenztes Kontingent verfügen.

Wenn Sie Fragen zu der Reise und den Reiseverlauf haben, rufen Sie uns einfach an. An der Reise können auch Gäste teilnehmen, die noch nicht im Ruhestand sind.

Anmeldung bei: PSW-Reisen GbR BW, Maybachstr. 2, 71735 Eberdingen,
Tel: 07042/879223-225, Fax: 07042/879222, E-Mail: info@psw-gbr.de.

Rheinland-Pfalz: Nikolaus-Kopernikus-Str. 14, 55129 Mainz, Tel.: 06131/9600923,
Fax: 06131/9600922, E-Mail: psw-reisen-rp@gdp-online.de.

Saarland: Sozialwerk der GdP Saarland, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken,
Tel. 0681-84120, Fax: 0681-8412424, E-Mail: psw-saarland@gdp-online.de

Bitte fordern Sie für alle Reisen unsere detaillierten Reiseausschreibungen an.



Bei uns können Sie sich noch
große Sprünge leisten!



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

PSW-Reisen GbR
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Tel.: 06131-9600923 . Fax: 9600922
www.psw-reisen.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

Schichtdienstkonferenz mit Minister Bruch

**Termin:
2. März 2009**

„Der Schichtdienst ist das Herzstück und die Basis der Polizeiarbeit.“ Wie oft ist ein solcher oder ähnlicher Satz gesagt worden? Und doch stellen wir besorgt fest, dass diese Basis zunehmend personell ausblutet; das „Herz“ zuweilen gefährlich schnell klopft und zu kollabieren droht.

Wer dann logischerweise die Polizei nach Personalreserven absucht, die dieses Problem lösen könnten, bleibt erfolglos. Die Bereitschaftspolizei steht vor der Frage, wie sie die immer zahlreicher und personalintensiver werdenden Einsätze bewältigen soll; im Bereich der Kriminalitätssachbearbeitung stehen bei Schutz- und Kriminalpolizei viele Sachbearbeiter buchstäblich mit dem Rücken in der Wand; die Bearbeitung OK-ähnlicher Bandenkriminalität durch die Kriminalinspektionen wirft Probleme auf; das LKA erhält ständig neue Aufgaben und die Erkenntnisse aus der „EG-Zeit“ mahnen zu einer personellen Nachrüstung u. a. bei den Spezialeinheiten.

Mit unserer Konferenz wollen wir versuchen, die Aufmerksamkeit auf die dringende Notwendigkeit zu lenken, die Polizei in Rheinland-Pfalz personell zu verstärken, aber auch jenseits der Personalfrage nach Lösungsansätzen suchen, die gleichermaßen die Interessen der Beschäftigten wie der Organisation nachhaltig berücksichtigen.

Vortrag 1: „Erwerbsarbeit als Quell körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens; im operativen Polizeidienst eine ganz besondere Herausforderung!“

Frank Brenscheidt, Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) Dortmund

Vortrag 2: „Die richtige Ernährung im Schichtdienst“

Anna Gabler, Stud. Ökotrophologie, FH Fulda

Workshop 1: „Polizeidienst/Wechselschichtdienst aus arbeitsmedizinischer Sicht: Präventionsmöglichkeiten“

Workshop 2: „Flexibilisierung der Arbeitszeit vs. Beibehaltung der Dienstgruppen als „letzte soziale Heimat – Möglichkeiten und Grenzen“

Workshop 3: „Die richtigen Anreize setzen: Möglichkeiten der Ziel führenden Regelung des Zulagenwesens“

Workshop 4: „Die Personalzumessung vom Kopf auf die Füße stellen: Personal für den WSD ist die Basis“

Am Nachmittag besteht Gelegenheit, die Arbeitsergebnisse mit Minister Karl-Peter Bruch zu diskutieren!

**Anmeldungen müssen über die Kreisgruppen erfolgen!
Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist begrenzt.**

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Marlis Müller, KG Vorderpfalz
Wiltrud Füsser, KG Vorderpfalz
Norbert Bauer, KG PD Wittlich

Dietmar Jöst, KG Vorderpfalz
Wolfgang Glaser, KG WSP

Anzeige



Dynamik ohne Kompromisse.
Entdecken Sie den neuen Opel Insignia Sporty Tourer.

PSW-Rabatt?
0 61 31/9 60 09 31
psw-rp@gdp-online.de

WIR TRAUERN UM

Johann Jugenheimer,
KG PP/PD Mainz, 90 Jahre
Hartmut Block,
KG Vorderpfalz, 74 Jahre
Kurt Walter Regitz,
KG PD Kaiserslautern, 56 Jahre
Diethelm Wiedenhöft,
KG PD Neustadt, 73 Jahre
Reinhard Saam,
KG PD Wittlich, 61 Jahre

Margarete Höfer, 47 Jahre,
Ehefrau von Wolfgang Höfer, KG
PP/PD Koblenz
Maria Kratz, 58 Jahre,
Ehefrau von Hans-Dieter Kratz,
KG PP/PD Koblenz
Albert Mack,
KG Ww/Rhein-Lahn, 88 Jahre
Werner Zinck,
KG PD Worms, 59 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

